

EVP gegen Aufhebung des PJZ-Gesetzes

Die EVP hat ihre Parolen zu den kantonalzürcherischen Abstimmungsvorlagen vom 4. September 2011 beschlossen. Die Partei spricht sich gegen die Aufhebung des PJZ-Gesetzes aus und gegen die Abschaffung der hauswirtschaftlichen Fortbildungskurse. Unterstützt wird von der EVP das Sozialhilfegesetz und sie lehnt die Volksinitiative „Für einen konkurrenzfähigen Kanton Zürich“ ab.

Markus Schaaf, Kantonsrat, Rämismühle, informierte über die Vorlage zur Aufhebung des Gesetzes für ein Polizei- und Justizzentrum (PJZ). Die Bevölkerung hatte im 2003 dem PJZ-Gesetz und dem Kreditrahmen zugestimmt. Eine knappe Mehrheit von SVP, Grüne, GLP und EDU lehnte jedoch die Vorlage im Kantonsrat ab. Folgerichtig beantragt die Regierung nun Ablehnung des Gesetzes. Der Referent beantragte Ablehnung des Gesetzes zur Aufhebung des PJZ. Damit würde eine 60 Millionen teure Planungsleiche geschaffen und die anstehenden Aufgaben würden ungelöst bleiben. Folgende Probleme sollen mit dem PJZ gelöst werden: Ersatz sanierungsbedürftige Gebäude auf dem Kasernenareal; Ersatz provisorisches Polizeigefängnis (PROPOG); Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für ein Bezirksgefängnis; Unterbringung gemeinsamer Polizeischulen von Stadt- und Kantonspolizei und Unterbringung für das neu geschaffene Forensische Institut. Eine Aufhebung des Gesetzes würde zwingend zu neuen Vorlagen zur Lösung dieser Aufgaben führen und diese sind wohl kaum wesentlich kostengünstiger. Der Kantonalvorstand hat einstimmig gegen die Aufhebung des Gesetzes für ein PJZ gestimmt.

Hauswirtschaftliche Fortbildung nicht abschaffen

Kantonsrätin Ruth Kleiber, Winterthur, wehrte sich vehement dagegen, dass die Erwachsenen- und Elternkurse in der hauswirtschaftlichen Fortbildung ersatzlos gestrichen werden sollen. Damit verbunden will der Kanton Zürich 1 Mio. Franken einsparen. Das Referendum gegen dieses Vorhaben kam nach nur 6 Wochen mit über 20'000 Unterschriften zustande. Die Kurse wurden bisher erfolgreich durchgeführt und bestehende Infrastrukturen in den Gemeinden optimal genutzt. Rund 22'000 Personen besuchen jährlich die rund 1'800 Kurse im Kanton und 300 Lehrpersonen erteilen dabei 36'000 Lektionen. Die Kurse wurden kostengünstig angeboten, damit finanzielle Aspekte eine Teilnahme an den Weiterbildungskursen nicht verhindern. Die Parteileitung hat sich mit allen gegen eine Stimme gegen die Abschaffung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung ausgesprochen.

Gegen VI „Für einen konkurrenzfähigen Kanton Zürich“

Für EVP-Kantonsrat Peter Ritschard, Zürich, gaukelt die Initiative eine Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbssituation vor, welche damit aber nicht geschaffen werden kann. Mit der Initiative wird die Halbierung der Vermögenssteuer gefordert. Als Grund für diese Forderung wurde die schlechte Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich im Steuerwettbewerb genannt. Ein Zusammenhang zwischen Entlastung der Vermögen und Investitionen wird in der Initiative vorausgesetzt, ohne jedoch thematisiert zu werden. Auch die befürchtete Steuerentwicklung der Initianten hat sich in den letzten Jahren nicht ergeben. Die Steuerausfälle der Initiative werden mit rund 300 Mio. Franken beziffert. Damit wird ein falscher Weg beschritten, welcher zu Lasten des Personals und anderen wichtigen Anliegen geht. Die Volksinitiative wird von der Parteileitung einstimmig zur Ablehnung empfohlen.

Vorläufig Aufgenommene sollen Pflichten übernehmen

Vorläufig Aufgenommene, also abgewiesene Asylanten aus Kriegsgebieten, sollen nicht mehr unter die Asylfürsorgeverordnung stehen, sondern werden neu dem Sozialhilfegesetz unterstellt. Die SVP hat dagegen das Referendum ergriffen. Ruth Kleiber, Kantonsrätin, Winterthur, spricht sich für die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes aus. Die vorläufig Aufgenommenen sind damit den Sozialhilfe berechtigten Personen gleichgestellt. Damit haben sie die gleichen Rechte und Pflicht, was eine Handhabe gibt, die berufliche und soziale Integration der vorläufig Aufgenommenen einzufordern. Sanktionen sind möglich, wenn eine Kooperation nicht erfolgt. Die Parteileitung hat sich mit allen gegen eine Stimme für die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes und gegen den Gegenvorschlag ausgesprochen.

Zürich, 17. Juni 2011/pr

Für Auskünfte:

Johannes Zollinger, Kantonalpräsident EVP ZH, Kantonsrat, Wädenswil G/P: +41 (0)44 780 08 80 N: +41 (0)79 370 22 49
Peter Reinhard, Geschäftsführer EVP ZH, Kantonsrat, Kloten, G: +41 (0)44 271 43 02, N: +41 (0)79 402 38 82, sekretariat@evpz.ch
